

# Niederschrift

über die öffentliche Sitzung der Ratsversammlung

am Dienstag, dem 21.11.2017

im Kiek in

<b><u>Beginn:</u></b> 17:00 Uhr	<b><u>Ende:</u></b> 21:33 Uhr
---------------------------------	-------------------------------

## Anwesend:

### Stadtpräsidentin

	Frau Anna-Katharina Schättiger
--	--------------------------------

### Ratsfrau / Ratsherr

	Herr Volker Andresen
	Frau Helga Bühse
	Herr Peter Cleve
	Frau Franka Dannheiser
	Herr Bernd Delfs
	Frau Britta Einfeldt
	Herr Wolf Rüdiger Fehrs
	Herr Sebastian Fricke
	Herr Jörg Goldkamp
	Herr Klaus Grassau
	Herr Jonny Griese
	Herr Wolf-Werner Haake
ab TOP 4.	Herr Hauke Hahn
	Frau Esther Hartmann
	Herr Andreas Hering
	Herr Arno Jahner
	Herr Claus-Rudolf Johna
	Herr Ralf Ketelhut
	Frau Sighild Klamt
	Herr Thorsten Klimm
	Herr Andreas Kluckhuhn
	Herr Thomas Krampfer
	Frau Sabine Krebs
ab TOP 10.2	Herr Gerd Kühl
	Herr Gerhard Lassen
	Frau Marianne Lingelbach
	Frau Ilse Milkert
	Herr Refik Mor
	Herr Mark Michael Proch
	Herr Reinhard Ruge
	Herr Michael Schaarschmidt
ab TOP 10.2 bis inkl. TOP 11.10	Herr Oliver Schlemmer
	Herr Karsten Schröder
	Frau Babett Schwede-Oldehus
	Herr Jörn Seib
	Frau Heidemarie Stephan

	Frau Sandra Weiß
	Herr Axel Westphal
	Herr Manfred Zielke
	Frau Yvonne Zielke-Rieckmann

**Außerdem anwesend**

Oberbürgermeister	Herr Dr. Olaf Taurus
Erster Stadtrat	Herr Carsten Hillgruber
Stadtrat	Herr Oliver Dörflinger
Stadtrat	Herr Thorsten Kubiak

**Von der Verwaltung**

Referent für Öffentlichkeitsarbeit	Herr Stephan Beitz
Fachdienst - 30	Frau Bettina Krull
Fachdienst - 61	Frau Ute Spieler
Fachdienst - 14	Frau Erika Konrad
Fachdienst - 20	Herr Hans-Günter Szislo
Fachdienst - 70	Herr Ingo Kühl
Büro des Oberbürgermeisters	Herr Thorben Pries
Personalrat	Herr Georg Müller
Personalratsvorsitzende	Frau Sabine Heidebrecht-Rüge
Gleichstellungsbeauftragte	Frau Michaela Zöllner
Protokollführer	Herr Holger Krüger

**Entschuldigt:**

**Ratsfrau / Ratsherr**

	Herr Jan Hinrich Köster
	Herr Hans Heinrich Voigt

Bis zu 4 Vertreter der Presse und der Offene Kanal, Kiel

Bis zu 40 ZuhörerInnen

**Tagesordnung:**

1.	Eröffnung der Sitzung durch die Stadtpräsidentin und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2.	Beschlussfassung über die unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beratenden Tagesordnungspunkte
3.	Genehmigung der Tagesordnung der Sitzung am 21.11.2017
4.	Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift der öffentlichen Ratsversammlung der Stadt Neumünster vom 26.09.2017
5.	Information über die am 26.09.2017 unter Ausschluss der Öffentlichkeit gefassten Beschlüsse
6.	Mitteilungen des Oberbürgermeisters
7.	Mitteilungen der Stadtpräsidentin
8.	Einwohnerfragestunde
8.1.	Einwohnerfrage betr. Ausbau der Kreuzung Boostedter/Hartwigswalder/Leinestraße Vorlage: 0401/2013/An
9.	Aktuelle Stunde
10.	Anfragen
10.1.	Große Anfrage der SPD-Ratsfraktion betr. Verzicht auf Straßenbaubeiträge Vorlage: 0411/2013/An
10.2.	Große Anfrage der FDP-Ratsfraktion betr. Leistungsfähige Netzinfrastruktur zur Nutzung digitaler Endgeräte an Neumünsteraner Schulen Vorlage: 0402/2013/An
11.	Anträge
11.1.	Gemeinsamer Antrag der Ratsfraktionen von CDU, BfB und FDP betr. Erhebung von Straßenbaubeiträgen Vorlage: 0403/2013/An
11.2.	Antrag des Ratsherrn Proch, NPD betr. Aussetzung der Straßenbaubeiträge Vorlage: 0410/2013/An
11.3.	Antrag der CDU-Ratsfraktion betr. Geschwindigkeitsanzeigen Vorlage: 0366/2013/An
11.4.	Antrag der CDU-Ratsfraktion betr. Kriterien für die Errichtung neuer städtischer Gebäude Vorlage: 0404/2013/An
11.5.	Antrag der SPD-Ratsfraktion betr. Aufhebung der Befristung des Kommunalen Ordnungsdienstes Vorlage: 0356/2013/An

11.6.	Antrag der SPD-Ratsfraktion betr. Änderungen für die Holstenküste Vorlage: 0405/2013/An
11.7.	Antrag der BfB-Ratsfraktion betr. Prüfauftrag zu den Kostenbescheiden der AnwohnerInnen im Hufeisenweg Vorlage: 0406/2013/An
11.8.	Antrag der BfB-Ratsfraktion betr. Ermöglichung der Liveübertragung durch den OK Kiel für zukünftige Ratsversammlungen per Internetstreaming Vorlage: 0407/2013/An
11.9.	Antrag des Rats Herrn Proch, NPD betr. Haushaltsüberschüsse bei Sozialausgaben Vorlage: 0409/2013/An
11.10	Antrag des Rats Herrn Mor, fraktionslos betr. Kulturrassistische Aussagen in der Ratsversammlung Vorlage: 0408/2013/An
12.	Handlungskonzept Armut Vorlage: 1075/2013/DS
13.	Schulentwicklungsplanung (SEP) hier: Organisatorische Verbindung der beiden Förderzentren Fröbelschule und Wichernschule Vorlage: 1091/2013/DS
14.	Reservierung von Plätzen in Einrichtungen der frühkindlichen Bildung für Kinder, die mit ihren Müttern im Frauenhaus untergebracht sind - NEUFASSUNG - Vorlage: 1071/2013/DS
15.	Neubau der Kindertagesstätte Gartenstadt und einer gemeinsamen Mensa mit der OGTS (offene Ganztagschule) Gartenstadt Vorlage: 1082/2013/DS
16.	Städtische Beteiligungen: Neustrukturierung der Wirtschaftsagentur Neumünster GmbH hier: Entwurf eines Betrauungsaktes Vorlage: 1033/2013/DS
17.	Leistung von überplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnisplan und gleichzeitig Auszahlungen im Finanzplan 2017 nach § 95 d GO - Aufarbeitung der Stühle und Erneuerung des Teppichbodens im Theatersaal - Vorlage: 1080/2013/DS
18.	Leistung von überplanmäßigen Auszahlungen nach § 95 d GO im Finanzplan 2017 (Erweiterung LÄMMkom-Programm) Vorlage: 1095/2013/DS
19.	Städtische Beteiligungen: Kiek in! Anstalt öffentlichen Rechts hier: Änderung der Satzung Vorlage: 1096/2013/DS
20.	Änderung der Abfallwirtschaftssatzung und der Abfallgebührensatzung - Einführung der Duo-Gebühr Vorlage: 1040/2013/DS

21.	Neufassung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen und Gebühren für die Abwasserbeseitigung der Stadt Neumünster vom 04.03.2014 Vorlage: 1081/2013/DS
22.	Neufassung der Straßenreinigungs- und der Straßenreinigungsgebührensatzung ab 01.01.2018 Vorlage: 1098/2013/DS
23.	Neubau Technikum - Planungsbeschluss Vorlage: 1099/2013/DS
24.	Städtebauförderungsprogramm "Soziale Stadt - Quartier Buddestraße" - Einleitung vorbereitender Untersuchungen - Beschluss über die Beteiligung der Betroffenen sowie der öffentlichen Aufgabenträger Vorlage: 1089/2013/DS
25.	3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 118 "Sondergebiet Oderstraße - (FOC)" - Beschluss über Stellungnahmen - Satzungsbeschluss Vorlage: 1090/2013/DS
26.	Grundschule an der Schwale - Baubeschluss - NEUFASSUNG - Vorlage: 1048/2013/DS
27.	Timm-Kröger-Schule - Erweiterung zur offenen Ganztagschule - NEUFASSUNG - Vorlage: 1049/2013/DS
28.	Erweiterung Hans-Böckler-Schule - NEUFASSUNG - Vorlage: 1051/2013/DS
29.	Maßnahmenplanung der kommunale Bildungsplanung: Abschließender Sachstand Vorlage: 0491/2013/MV
30.	Städtische Beteiligungen: Umsetzung des Gesetzes zur Stärkung der Kommunalwirtschaft vom 21. Juni 2016 Vorlage: 0492/2013/MV
31.	Städtische Beteiligungen: Wirtschaftsplan 2018 der Kiek in! Anstalt öffentlichen Rechts Vorlage: 0498/2013/MV
32.	Dringliche Vorlagen
32.1.	Hans-Böckler-Schule (HBS) hier: Bildung einer Außenstelle auf dem Gelände der Erstaufnahmeeinrichtung Neumünster (EAE) Vorlage: 1122/2013/DS

1 .	Eröffnung der Sitzung durch die Stadtpräsidentin und Feststellung der Beschlussfähigkeit
-----	--

**Beschluss:**

Frau Stadtpräsidentin Schättiger eröffnet die Sitzung um 17.00 Uhr. Sie weist darauf hin, dass die Ratsversammlung aus organisatorischen Gründen nicht am nächsten Tag fortgesetzt wird, sollte die Tagesordnung nicht abgearbeitet werden können. Verbleibende TOPs würden dann am 12.12.2017 auf die Tagesordnung genommen werden.

Sie stellt fest, dass die Sitzung fristgerecht öffentlich bekanntgemacht wurde. Auch die Einladung nebst Tagesordnung sei rechtzeitig ausgefertigt worden, allerdings sei sie aufgrund mangelnder Abstimmungen in der Botenmeisterei 12 Ratsmitgliedern verspätet zugestellt worden, so dass die Ladungsfrist von 10 Tagen in diesen Fällen nicht eingehalten wurde.

Diese Nichteinhaltung der Ladungsfrist könne zur Folge haben, dass sich einzelne Ratsmitglieder nicht ausreichend auf die Sitzung vorbereiten konnten. Der Großteil der Sitzungsunterlagen sei bereits vorher ausgehändigt worden, so dass zumindest diese Unterlagen verfügbar waren. Auch konnten alle Unterlagen im Ratsinformationssystem eingesehen werden. Die fehlenden Unterlagen seien dann am 13.11.2017 zugestellt worden.

Die meisten der betroffenen Ratsmitglieder hätten bereits signalisiert, die Nichteinhaltung der Ladungsfrist nicht zu monieren.

Die Prüfung durch den Fachdienst Recht habe ergeben, dass die gegenüber den Ratsmitgliedern einzuhaltende Ladungsfrist deren Schutz bezweckt und infolgedessen auch nur von diesen gerügt werden kann. Dritten sei es verwehrt, sich auf die Verletzung der Ladungsfrist zu berufen, wenn, wie im diesem Falle, die Öffentlichkeit selbst fristgerecht mit der entsprechenden Tagesordnung eingeladen worden ist. Das bedeute, dass dann, wenn die von der Verspätung betroffenen Ratsmitglieder die Unterschreitung der Ladungsfrist hinnehmen, gegen die Rechtmäßigkeit gefasster Beschlüsse keine Bedenken bestehen.

Es sei nicht mitgeteilt worden, dass Ratsmitglieder wegen der Nichteinhaltung der Ladungsfrist der Sitzung fernbleiben wollen.

Frau Stadtpräsidentin Schättiger fragt vor Einstieg in die Tagesordnung, ob seitens der anwesenden betroffenen Ratsmitglieder die Nichteinhaltung der Ladungsfrist gerügt wird. Sollte dem so sein, dürfte die Sitzung nicht stattfinden bzw. müsste die Sitzung umgehend abgebrochen werden.

Das ist nicht der Fall, so dass die Sitzung fortgesetzt werden kann.

Frau Stadtpräsidentin Schättiger stellt die Beschlussfähigkeit der Ratsversammlung fest.

2 .	Beschlussfassung über die unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beratenden Tagesordnungspunkte
-----	---

**Beschluss:**

Die Verwaltung hat für die heutige Sitzung neben dem TOP 33. „Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift über die am 26.09.2017 unter Ausschluss der Öffentlichkeit beratenen Tagesordnungspunkte“ keine weiteren Tagesordnungspunkte identifiziert, bei denen Ausschlussgründe vorliegen.

Es wird einstimmig beschlossen, den Tagesordnungspunkt 33. unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beraten.

Der TOP 34. ist für Mitteilungen vorgesehen.

3 .	Genehmigung der Tagesordnung der Sitzung am 21.11.2017
-----	--

**Beschluss:**

**Versandt bzw. verteilt wurden:**

- **Antwort zu TOP 8.**
- **Antwort zu TOP 10.1**
- **Antwort zu TOP 10.2**
- **Zu TOP 11.6 0405/2013/An**  
- zusätzliche Informationen der Verwaltung
- **Zu TOP 11.4 0404/2013/An**  
- 1. und 2. Neufassung des Antrags der CDU-Ratsfraktion
- **Zu TOP 20. 1040/2013/DS**  
- Neufassung der Vorlage
- **Zu TOP 21. 1081/2013/DS**  
- diverse Seiten zum Austausch

**Vorläufige Auszüge aus den Fachausschüssen:**

- **Zu TOP 12. 1075/2013/DS**  
- Hauptausschuss am 07.11.2017
- **Zu TOP 15. 1082/2013/DS**  
- Hauptausschuss am 07.11.2017  
- Bau- und Vergabeausschuss am 16.11.2017
- **Zu TOP 17. 1080/2013/DS**  
- Hauptausschuss am 07.11.2017
- **Zu TOP 23. 1099/2013/DS**  
- Hauptausschuss am 07.11.2017
- **Zu TOP 24. 1089/2013/DS**  
- Planungs- und Umweltausschuss am 09.11.2017

Es liegt eine **Dringlichkeitsvorlage zur Bildung einer Außenstelle der Hans-Böckler-Schule in der Erstaufnahmeeinrichtung Neumünster (EAE) vor (1122/2013/DS).**

Die Dringlichkeit ist in der Vorlage begründet.

Frau Stadtpräsidentin bittet um Abstimmung zur Bestätigung der Dringlichkeit.

Die Dringlichkeit der Vorlage wird bei einer Gegenstimme im Übrigen einstimmig bestätigt.

**Die Vorlage wird auf der Tagesordnung als TOP 32.1 ergänzt.**

Zu TOP 10.1 wurde übersehen, dass die Große Anfrage gemäß § 16 Abs. 1 Satz 3 der Geschäftsordnung nicht hätte auf die Tagesordnung genommen werden dürfen, da das Thema auch in dem Antrag zu TOP 11.1 behandelt werden soll und dieser Antrag bereits vorgelegen hat, als die Große Anfrage eingegangen ist. Wie im Ältestenrat besprochen, soll die Große Anfrage zusammen mit dem Antrag zu TOP 11.1 unter diesem TOP behandelt werden.

Der somit geänderten Tagesordnung wird sodann einstimmig zugestimmt, wobei die TOPs 33. bis 34. unter Ausschluss der Öffentlichkeit beraten werden sollen.

4 .	Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschrift der öffentlichen Ratsversammlung der Stadt Neumünster vom 26.09.2017
-----	---

Einwände gegen die Niederschrift werden nicht vorgebracht.

5 .	Information über die am 26.09.2017 unter Ausschluss der Öffentlichkeit gefassten Beschlüsse
-----	---

In der Sitzung am 26.09.2017 hat die Ratsversammlung unter Ausschluss der Öffentlichkeit folgende Beschlüsse gefasst:

Unter TOP 39. wurde einer Dringlichkeitsvorlage zum Ankauf mehrerer Grundstücke im Bereich „Messeachse“ zugestimmt.

Unter TOP 40. wurde einer Dringlichkeitsvorlage zum Verkauf eines Grundstücks im Bereich B-Plan 116 „Industrie- und Gewerbegebiet an der Südumgehung“ zugestimmt.

Bei TOP 38. ging es um Mitteilungen, zu denen keine Beschlüsse gefasst wurden.

6 .	Mitteilungen des Oberbürgermeisters
-----	-------------------------------------

Herr Oberbürgermeister Dr. Tauras entschuldigt sich für die Nichteinhaltung der Ladungsfrist in 12 Fällen (siehe auch TOP 1.). Ursächlich sei ein Fehler der Verwaltung gewesen. Es seien bereits organisatorische Maßnahmen getroffen worden, um derlei künftig zu vermeiden.

Zudem berichtet er zum Sachstand in Bezug auf einen neuen Studiengang für Bauingenieure an der Fachhochschule Kiel. Die Stadt Neumünster habe gegenüber dem Ministerium ihr Interesse an einem entsprechenden Standort bekundet. Der Studiengang soll zum Winter 2018/2019 in Kooperation mit der Fachhochschule Lübeck organisiert werden. Die Gespräche zur Standortfrage würden fortgesetzt.

7 .	Mitteilungen der Stadtpräsidentin
-----	-----------------------------------

Frau Stadtpräsidentin Schättiger berichtet über die Sammlung zugunsten der Kriegsgräberfürsorge. Bei der Sammlung am 18.11.2017 - durchgeführt durch Ratsmitglieder und Reservisten der Bundeswehr - wurde ein Betrag in Höhe von 769,46 € erzielt. Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. lässt seinen Dank für die Unterstützung ausrichten.



8 .	Einwohnerfragestunde
8.1 .	Einwohnerfrage betr. Ausbau der Kreuzung Boosted-ter/Hartwigswalder/Leinestraße Vorlage: 0401/2013/An

Der Fragesteller ist zugegen.  
Die Anfrage wird von Herrn Stadtrat Kubiak beantwortet.

9 .	Aktuelle Stunde
-----	-----------------

Es liegen keine Anträge zur „Aktuellen Stunde“ vor.

10 .	Anfragen
10.1 .	Große Anfrage der SPD-Ratsfraktion betr. Verzicht auf Straßenbaubeiträge Vorlage: 0411/2013/An

Es wurde übersehen, dass die Große Anfrage gemäß § 16 Abs. 1 Satz 3 der Geschäftsordnung nicht hätte auf die Tagesordnung genommen werden dürfen, da das Thema auch in dem Antrag zu TOP 11.1 behandelt wird und dieser Antrag bereits vorgelegen hat, als die Große Anfrage eingegangen ist.

Wie im Ältestenrat besprochen, wird die Große Anfrage zusammen mit dem Antrag zu TOP 11.1 unter diesem TOP behandelt.

10.2 .	Große Anfrage der FDP-Ratsfraktion betr. Leistungsfähige Netzinfrastruktur zur Nutzung digitaler Endgeräte an Neumünsteraner Schulen Vorlage: 0402/2013/An
--------	---

Ratsherr Ruge bringt die Große Anfrage ein.

Die Große Anfrage wird von Herrn 1. Stadtrat Hillgruber beantwortet.

In der anschließenden Aussprache bestätigt Herr 1. Stadtrat Hillgruber auf Nachfrage von Ratsherrn Ruge, dass es Sache des Schulträgers sei, die entsprechende Infrastruktur zu Verfügung zu stellen. Dabei werde man sich aber eng mit den einzelnen Schulen und mit dem IQSH abstimmen, um deren Anforderungen berücksichtigen zu können.

Die Frage, inwieweit bei dem Neubau der Grundschule Einfeld alle Vorkehrungen bezüglich „Schule ans Netz“ berücksichtigt worden sind, kann nicht abschließend beantwortet werden. Die Verwaltung wird die Antwort nachreichen.

Ratsherr Kühl kritisiert, dass in der Beantwortung auf das Protokoll zu TOP 9. der Sitzung des Schul-, Kultur- und Sportausschusses vom 02.02.2017 verwiesen wird. Dieser Protokollauszug läge nicht allen vor. Es wäre besser gewesen, diesen Protokollauszug der Antwort beizufügen.

Bei der Antwort zu Frage 5 fordert Ratsherr Kühl auf, die Terminierung im letzten Satz der Antwort zu konkretisieren. Die Anforderungen zur Realisierung der entsprechenden

Infrastruktur mögen der Selbstverwaltung im Rahmen des 2. Sitzungszyklusses 2018 vorgestellt werden.

11 .	Anträge
11.1 .	Gemeinsamer Antrag der Ratsfraktionen von CDU, BfB und FDP betr. Erhebung von Straßenbaubeiträgen Vorlage: 0403/2013/An

**Beschluss:**

Wie im Ältestenrat besprochen, wird die Große Anfrage zu TOP 10.1 zusammenmit dem Antrag unter TOP 11.1 behandelt.

Zunächst wird die Große Anfrage von Herrn Stadtrat Kubiak beantwortet.

Ratsherr Kühl bringt sodann den gemeinsamen Antrag der Ratsfraktionen von CDU, BfB und FDP ein und begründet ihn. Er weist darauf hin, dass der Antrag zu TOP 11.2 überflüssig sei, weil bereits im Rahmen des Nachtragshaushalts die entsprechenden Maßnahmen im Hinblick auf die Änderung des KAG verschoben worden seien. Die Ratsherren Ruge und Seib ergänzen die Ausführungen.

Ratsherr Westphal bringt für die SPD-Ratsfraktion einen Änderungsantrag ein und begründet diesen. Dieser Änderungsantrag inklusive einer Ergänzung ist der Niederschrift als Anlage 1 zu TOP 11.1 beigelegt.

Ratsherr Proch erklärt, angesichts des vorliegenden Antrags und des o. a. Hinweises des Ratsherrn Kühl, seinen Antrag zu TOP 11.2 zurückzuziehen.

In der folgenden Debatte bekräftigen alle Ratsfraktionen, dass sie eine Abschaffung der Straßenbaubeiträge befürworten. Strittig ist die Frage, ob es dienlich sei, dies mit einer Forderung nach finanzieller Unterstützung durch das Land zu verbinden. Die Antragsteller der Ratsfraktionen von CDU, BfB und FDP verweisen auf die dazu bereits gefasste Resolution. Man wolle einen klaren Beschluss, zum frühestmöglichen Zeitpunkt auf die Straßenbaubeiträge zu verzichten, auch wenn dies den städtischen Haushalt belastet. Der Beschluss solle daher nicht von einer möglichen finanziellen Unterstützung durch das Land abhängig gemacht oder mit einer entsprechenden Forderung verbunden werden.

Ratsherr Krampfer schlägt vor, die Sitzung zu unterbrechen, um zu klären, ob man sich auf einen gemeinsamen Antragstext verständigen kann.

Frau Stadtpräsidentin Schättiger folgt diesem Vorschlag. Die Sitzung wird um 18.25 Uhr unterbrochen. Es gelingt allerdings nicht, eine Einigung herbeizuführen. Die Sitzung wird um 18.38 Uhr fortgesetzt.

Ratsherr Kluckhuhn zieht den o. a. Änderungsantrag der SPD-Ratsfraktion zurück und stellt einen Ergänzungsantrag. Demzufolge soll der gemeinsame Antrag der Ratsfraktionen von CDU, BfB und FDP um eine Textpassage aus dem ursprünglichen Änderungsantrag der SPD-Ratsfraktion ergänzt werden, und zwar um den Wortlaut „Die Stadt erwartet... - bis - ... Straßenausbaubeiträge zu erheben.“

Nach einer weiteren kurzen Unterredung erklären sich die Antragsteller der Ratsfraktionen von CDU, BfB und FDP nicht bereit, diesen Passus zu übernehmen.

Es folgt die Abstimmung.

Der Ergänzungsantrag der SPD-Ratsfraktion wird mit 21 zu 20 Stimmen abgelehnt.

**Abstimmungsergebnis:**

Fraktion/Ratsmitglied	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
CDU		14	
SPD	14		
Die Grünen	4		
BfB		3	
FDP		2	
Ratsherr Cleve		1	
Ratsherr Griese	1		
Ratsherr Mor	1		
Ratsherr Proch		1	
gesamt:	20	21	-

Dem gemeinsamen Antrag der Ratsfraktionen von CDU, BfB und FDP in seiner ursprünglichen Fassung wird einstimmig zugestimmt.

11.2 .	Antrag des Ratsherrn Proch, NPD betr. Aussetzung der Straßenbaubeiträge Vorlage: 0410/2013/An
--------	--

**Beschluss:**

Ratsherr Proch zieht den Antrag zurück (siehe TOP 11.1).

11.3 .	Antrag der CDU-Ratsfraktion betr. Geschwindigkeitsanzeigen Vorlage: 0366/2013/An
--------	---

**Beschluss:**

Der Antrag wurde in der Ratsversammlung am 13.06.2017 zunächst zur Vorberatung an den Planungs- und Umweltausschuss überweisen.

Ratsherr Westphal berichtet aus dem Planungs- und Umweltausschuss. Dieser hat den Antrag in seiner Sitzung am 14.09.2017 einstimmig befürwortet.

Herr Stadtrat Kubiak erklärt, dass bereits 2 Anzeigen beschafft wurden. Es erfolge die Einweisung in die Technik und die Bestimmung geeigneter Standorte. Er teilt auf Nachfrage des Ratsherrn Ketelhut mit, dass die Geräte nicht entsprechend ausgestattet seien, um auch Daten zu erfassen. Es sei aber möglich Zusatzmodule zu ergänzen. In 2018 sollen weitere entsprechend ausgestattete Geräte beschafft werden.

Der Ratsversammlung obliegt nunmehr die endgültige Entscheidung über den Antrag. Diesem wird einstimmig zugestimmt.

11.4 .	Antrag der CDU-Ratsfraktion betr. Kriterien für die Errichtung neuer städtischer Gebäude Vorlage: 0404/2013/An
--------	---

**Beschluss:**

Der Antrag liegt in Form einer Neufassung (2. Neufassung) vor.  
Ratsfrau Bühse bringt den Antrag ein und begründet ihn.

Ratsherr Kluckhuhn bringt für die SPD-Ratsfraktion einen Änderungsantrag ein und begründet diesen. Dieser Änderungsantrag ist der Niederschrift als Anlage 1 zu TOP 11.4 beigelegt.

Beide Anträge verfolgen das gleiche Ziel. In der folgenden Debatte wird über die am besten geeignete Vorgehensweise diskutiert.

Frau Krull teilt auf Nachfrage mit, dass ein Beschluss im Sinne des Antrags nicht dazu führe, dass andere Vorlagen auf der Tagesordnung dieser Sitzung, bei denen es um entsprechende Bauvorhaben geht, geändert würden.

Ratsherr Kühl erklärt, dass ein Beschluss nicht dazu führen dürfe, dass in Planung befindliche, wichtige Bauvorhaben blockiert würden. Er plädiert dafür, weder den Antrag noch den Änderungsantrag zu beschließen. Die Verwaltung müsse in der Lage sein, parallele Berechnungen zu herkömmlicher Bauweise und Modulbauweise vorzulegen. Es gebe erheblichen Gesprächsbedarf zwischen Verwaltungsspitze und den Ratsfraktionen. Die Ergebnisse eines solchen Gespräches müssten dann aber auch in der Verwaltung Beachtung finden.

Es existiere ein Brief der Kreishandwerkerschaft, dem offensichtlich bestimmte Informationen aus der Verwaltung zugrunde liegen.

Unter der Prämisse, dass die Verwaltungsspitze solch ein Gespräch initiiert, zieht Ratsherr Kühl den Antrag der CDU-Ratsfraktion zurück.

Damit ist auch der Änderungsantrag der SPD-Ratsfraktion hinfällig.

11.5 .	Antrag der SPD-Ratsfraktion betr. Aufhebung der Befristung des Kommunalen Ordnungsdienstes Vorlage: 0356/2013/An
--------	---

**Beschluss:**

Der Antrag wurde in der Ratsversammlung am 04.04.2017 zunächst zurückgestellt. Zur Ratsversammlung am 26.09.2017 sollte zunächst der Evaluationsbericht der Verwaltung vorgelegt werden.

Dies ist mit der Drucksache 0487/2013/MV (TOP 34. der Sitzung vom 26.09.2017) erfolgt, so dass die Ratsversammlung nunmehr über den Antrag entscheiden kann.

Ratsherr Johna erinnert noch einmal an die Begründung des Antrags.

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

11.6 .	Antrag der SPD-Ratsfraktion betr. Änderungen für die Holstenköste Vorlage: 0405/2013/An
--------	--

**Beschluss:**

Ratsherr Johna bringt den Antrag ein und begründet ihn.

Zu diesem TOP liegen zusätzliche Informationen der Verwaltung vor.

Herr Oberbürgermeister Dr. Taurus verweist auf das kürzlich von Frau Gerlach im Hauptausschuss vorgestellte Konzept. Er betont, dass Qualitätsverbesserungen angestrebt werden. Man müsse sich aber darüber im Klaren sein, dass diese auch mit steigenden Kosten verbunden seien.

Die beteiligten Veranstalter würden sich derzeit zieren, die zusätzlichen GEMA-Gebühren zu zahlen.

Er warnt davor, das Gesamtkonzept der Holstenköste dahingehend zu verändern, dass die Stadt sämtliche Teile der Veranstaltung selbst organisiere und durchführe. Dies sei dann mit erheblichen Mehrkosten für Personal und Programm verbunden.

Der Antrag wird sodann mit 21 zu 19 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

**Abstimmungsergebnis:**

Fraktion/Ratsmitglied	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
CDU		14	
SPD	14		
Die Grünen		4	
BfB	3		
FDP		2	
Ratsherr Cleve	1		
Ratsherr Griese	1		
Ratsherr Mor		1	
Ratsherr Proch			1
gesamt:	19	21	1

11.7 .	Antrag der BfB-Ratsfraktion betr. Prüfauftrag zu den Kostenbescheiden der AnwohnerInnen im Hufeisenweg Vorlage: 0406/2013/An
--------	---

**Beschluss:**

Ratsfrau Hartmann bringt den Antrag ein und begründet ihn.

Dem Antrag wird bei 1 Gegenstimme aus den Reihen der Ratsfraktion DIE GRÜNEN im Übrigen einstimmig zugestimmt.

11.8 .	Antrag der BfB-Ratsfraktion betr. Ermöglichung der Liveübertragung durch den OK Kiel für zukünftige Ratsversammlungen per Internetstreaming Vorlage: 0407/2013/An
--------	--

**Beschluss:**

Ratsfrau Hartmann bringt den Antrag ein und begründet ihn.

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

11.9 .	Antrag des Ratsherrn Proch, NPD betr. Haushaltsüberschüsse bei Sozialausgaben Vorlage: 0409/2013/An
--------	--

**Beschluss:**

Herr Stadtrat Dörflinger erklärt, dass sich Minder- und Mehrbedarfe zunächst im jeweiligen Teilplan ausgleichen.

Darüber hinaus würden Minderbedarfe zum Haushaltsausgleich herangezogen.

Im vorliegenden Falle sei zu bedenken, dass entsprechende Mittel im Wege eines Haushaltsnachtrags angesichts der Flüchtlingsproblematik in Ansatz gebracht wurden. Wenn diese Mittel nun nicht in Anspruch genommen werden, bedeute das nicht, dass sie anderweitig fehlen.

Angesichts der o. a. Verfahrensweise bei der Haushaltsbewirtschaftung würde die von Ratsherrn Proch vorgeschlagene Praxis das Verwaltungshandeln erschweren. Herr Stadtrat Dörflinger plädiert dafür, den Antrag abzulehnen.

Sodann wird der Antrag mit einer Ja-Stimme (Ratsherr Proch) im Übrigen einstimmig abgelehnt.

11.10 .	Antrag des Ratsherrn Mor, fraktionslos betr. Kulturrassistische Aussagen in der Ratsversammlung Vorlage: 0408/2013/An
---------	--

**Beschluss:**

Ratsherr Mor bringt den Antrag ein und begründet ihn.

Ratsherr Andresen weist die Bewertung der entsprechenden Äußerung von Ratsfrau Dannheiser als „kulturrassistisch“ zurück.

Sodann wird der Antrag mit einer Ja-Stimme (Ratsherr Mor) im Übrigen einstimmig abgelehnt.

12 .	Handlungskonzept Armut Vorlage: 1075/2013/DS
------	---

**Beschluss:**

Die Ratsversammlung dankt der Verwaltung für die Erstellung des Konzepts.

Ratsherr Andresen bringt für die SPD-Ratsfraktion einen Ergänzungsantrag ein und begründet diesen. Demzufolge soll der Antragstext wie folgt ergänzt werden:

„Die Verwaltung legt der Ratsversammlung am 13.02.2018 ein Liste der Maßnahmen vor, die in 2018 begonnen werden müssen. Dabei sind die finanziellen Auswirkungen darzustellen. Vor Festlegung dieser Maßnahmen erfolgt eine Beratung mit den relevanten Sozialverbänden und Vereinen unserer Stadt.“

Ratsfrau Schwede-Oldehus bringt für die CDU-Ratsfraktion einen Ergänzungsantrag ein und begründet diesen.

Danach sollen folgende Ziffern 4. bis 6. ergänzt werden:

„4. Bezugnehmend zu dem im „Handlungskonzept Armut“ vorliegenden Absatz zur Selbstverpflichtung, Struktur und Ressourcenbereitstellung stellt die Verwaltung zum 13.02.2018 den Fachausschüssen den Aufbau der Steuerungsgruppe sowie ihre Koordinierungsstelle und die thematischen Arbeitsgruppen vor.

5. Die Verwaltung wird beauftragt, bis zu diesem Zeitpunkt auch ein „kommunales Leitbild“ von dieser Steuerungsgruppe (bzw. dem Bündnis gegen Armut) aufstellen zu lassen, und den Fachausschüssen zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

6. Bis September sollen erste Handlungsempfehlungen mit den finanziellen Auswirkungen aus den einzelnen Arbeitskreisen dieser Steuerungsgruppe zur Beschlussfassung vorgelegt werden.“

Über beide Anträge wird kontrovers diskutiert.

Herr 1. Stadtrat Hillgruber bittet im Hinblick auf eine Aussage des Ratsherrn Proch, bei der es um missbräuchliche Inanspruchnahme von Sozialhilfeleistungen insbesondere durch innereuropäische Zuwanderer ging, um Versachlichung.

Er teilt mit, dass die Verwaltung sowohl lang- als auch kurzfristige Maßnahmen plane. Es werde zeitnah ein Maßnahmenkatalog vorgelegt.

Ratsherr Griese betont, dass die Ursache für Armut vielfach in bundespolitischen Entscheidungen zu suchen sei. Er plädiert an die Parteien, sich für eine Reform der Hartz IV-Regelungen einzusetzen.

Sodann wird zuerst über den Ergänzungsantrag der CDU-Ratsfraktion abgestimmt. Dieser wird mit 24 zu 15 Stimmen abgelehnt.

**Abstimmungsergebnis:**

Fraktion/Ratsmitglied	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
CDU	13		
SPD		14	
Die Grünen		4	
BfB		3	
FDP		2	
Ratsherr Cleve	1		
Ratsherr Griese		1	
Ratsherr Mor			
Ratsherr Proch	1		
gesamt:	15	24	-

Dem Ergänzungsantrag der SPD-Ratsfraktion wird dann mit 25 zu 15 Stimmen zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:**

Fraktion/Ratsmitglied	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
CDU		13	
SPD	14		
Die Grünen	4		
BfB	3		
FDP	2		
Ratsherr Cleve	1		
Ratsherr Griese	1		
Ratsherr Mor		1	
Ratsherr Proch		1	
gesamt:	25	15	-

Der Vorlage in der somit ergänzten Fassung wird einstimmig zugestimmt.

13 .	Schulentwicklungsplanung (SEP) hier: Organisatorische Verbindung der beiden Förderzentren Fröbelschule und Wichernschule Vorlage: 1091/2013/DS
------	--

**Beschluss:**

Der Vorlage wird einstimmig zugestimmt.

14 .	Reservierung von Plätzen in Einrichtungen der frühkindlichen Bildung für Kinder, die mit ihren Müttern im Frauenhaus untergebracht sind - NEUFASSUNG - Vorlage: 1071/2013/DS
------	---

**Beschluss:**

Der Vorlage wird einstimmig zugestimmt.

15 .	Neubau der Kindertagesstätte Gartenstadt und einer gemeinsamen Mensa mit der OGTS (offene Ganztagschule) Gartenstadt Vorlage: 1082/2013/DS
------	---

**Beschluss:**

Ratsherr Kühl bringt für die CDU-Ratsfraktion einen Änderungsantrag ein und begründet diesen.

Danach soll Ziffer 1. des Antragstextes um folgenden Wortlaut ergänzt werden:  
„Ausgenommen davon ist das Raumprogramm für ein Familienzentrum.“



Ratsherr Kluckhuhn bringt für die SPD-Ratsfraktion einen Ergänzungsantrag ein und begründet diesen.

Danach soll folgende Ziffer 3. ergänzt werden:

„3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Planung für das Bauvorhaben ohne weitere Verzögerung aufzunehmen und zwar mit und ohne Familienzentrum.“

Die Anträge werden kontrovers diskutiert.

Ratsherr Kühl beantragt, über die einzelnen Positionen der Vorlage getrennt abzustimmen.

Sodann wird zuerst über den Ergänzungsantrag der SPD-Ratsfraktion abgestimmt. Diesem wird mit 26 zu 14 Stimmen zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:**

Fraktion/Ratsmitglied	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
CDU		13	
SPD	14		
Die Grünen	4		
BfB	3		
FDP	2		
Ratsherr Cleve	1		
Ratsherr Griese	1		
Ratsherr Mor		1	
Ratsherr Proch	1		
gesamt:	26	14	-

Danach wird er Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion mit 26 zu 14 Stimmen abgelehnt.

**Abstimmungsergebnis:**

Fraktion/Ratsmitglied	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
CDU	13		
SPD		14	
Die Grünen		4	
BfB		3	
FDP		2	
Ratsherr Cleve		1	
Ratsherr Griese		1	
Ratsherr Mor	1		
Ratsherr Proch		1	
gesamt:	14	26	-

Im Anschluss wird über die Vorlage in der somit um die Ziffer 3. ergänzten Fassung abgestimmt, wobei über die einzelnen Ziffern der Vorlage getrennt abgestimmt wird.

Ziffer 1. der Vorlage wird einstimmig zugestimmt.

Ziffer 2. der Vorlage wird mit 25 zu 14 Stimmen bei 1 Enthaltung zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:**

Fraktion/Ratsmitglied	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
CDU		13	
SPD	14		
Die Grünen	4		
BfB	3		
FDP	2		
Ratsherr Cleve			1
Ratsherr Griese	1		
Ratsherr Mor		1	
Ratsherr Proch	1		
gesamt:	25	14	1

Zu Ziffer 3. der Vorlage wird auf die zuvor durchgeführte Abstimmung verweisen. Ihr wurde mit 26 zu 14 Stimmen zugestimmt.

Im Ergebnis wird der Vorlage in der ergänzten Fassung mehrheitlich zugestimmt.

16 .	Städtische Beteiligungen: Neustrukturierung der Wirtschaftsagentur Neumünster GmbH hier: Entwurf eines Betrauungsaktes Vorlage: 1033/2013/DS
------	---

**Beschluss:**

Der Vorlage wird einstimmig zugestimmt.

17 .	Leistung von überplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnisplan und gleichzeitig Auszahlungen im Finanzplan 2017 nach § 95 d GO - Aufarbeitung der Stühle und Erneuerung des Teppichbodens im Theatersaal - Vorlage: 1080/2013/DS
------	---

**Beschluss:**

Der Vorlage wird bei 1 Enthaltung (Ratsherr Proch) im Übrigen einstimmig zugestimmt.

18 .	Leistung von überplanmäßigen Auszahlungen nach § 95 d GO im Finanzplan 2017 (Erweiterung LÄMMkom-Programm) Vorlage: 1095/2013/DS
------	---

**Beschluss:**

Der Vorlage wird einstimmig zugestimmt.

19 .	Städtische Beteiligungen: Kiek in! Anstalt öffentlichen Rechts hier: Änderung der Satzung Vorlage: 1096/2013/DS
------	--

**Beschluss:**

Der Vorlage wird einstimmig zugestimmt.

20 .	Änderung der Abfallwirtschaftssatzung und der Abfallgebührensatzung - Einführung der Duo-Gebühr Vorlage: 1040/2013/DS
------	--

**Beschluss:**

Die Vorlage liegt in Form einer Neufassung vor.

Ratsherr Westpahl regt im Hinblick auf die Berichterstattung in der Presse an, künftig intensiver mit dem Verband Wohneigentum zu sprechen.

Seitens der Ratsfraktionen von FDP und BfB wird kritisiert, dass mit der Einführung der Duo-Gebühr Haushalte, in denen selbst kompostiert wird, für eine Leistung belastet werden sollen, die gar nicht in Anspruch genommen wird. Ratsherr Ruge bittet um Prüfung, ob solch eine Konstellation überhaupt zulässig ist. Solange diese Frage nicht geklärt sei, könne die FDP-Ratsfraktion der Vorlage nicht zustimmen.

Ratsfrau Hartmann kritisiert, dass mit der Neufassung eine weitere Gebührenerhöhung verbunden sei, die nicht mit den Stadtteilbeiräten und den Verbänden erörtert wurde. Der Vorlage wird sodann mit 31 zu 7 Stimmen bei 2 Enthaltungen zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:**

Fraktion/Ratsmitglied	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
CDU	12		1
SPD	14		
Die Grünen	4		
BfB		3	
FDP		2	
Ratsherr Cleve		1	
Ratsherr Griese			1
Ratsherr Mor	1		
Ratsherr Proch		1	
gesamt:	31	7	2

21 .	Neufassung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen und Gebühren für die Abwasserbeseitigung der Stadt Neumünster vom 04.03.2014 Vorlage: 1081/2013/DS
------	--

**Beschluss:**

Zu der Vorlage werden mehrere Seiten zum Austausch verteilt.

Der Vorlage wird bei 1 Gegenstimme (Ratsherr Proch) im Übrigen einstimmig zugestimmt.

22 .	Neufassung der Straßenreinigungs- und der Straßenreinigungsgebührensatzung ab 01.01.2018 Vorlage: 1098/2013/DS
------	---

**Beschluss:**

Zu der Vorlage wird eine Seite zum Austausch verteilt.

Der Vorlage wird einstimmig zugestimmt.

23 .	Neubau Technikum - Planungsbeschluss Vorlage: 1099/2013/DS
------	---

**Beschluss:**

Ratsherr Kluckhuhn bringt für die SPD-Ratsfraktion einen Änderungsantrag ein und begründet diesen. Dieser Änderungsantrag ist der Niederschrift als Anlage 1 zu TOP 23. beigefügt.

Dem Änderungsantrag wird mit 22 zu 5 Stimmen bei 12 Enthaltungen zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:**

Fraktion/Ratsmitglied	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
CDU		1	11
SPD	14		
Die Grünen		4	
BfB	3		
FDP	2		
Ratsherr Cleve	1		
Ratsherr Griese	1		
Ratsherr Mor			1
Ratsherr Proch	1		
gesamt:	22	5	12

Der Vorlage in der geänderten Fassung wird mit 37 Stimmen bei 3 Enthaltungen zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:**

Fraktion/Ratsmitglied	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
CDU	10		3
SPD	14		
Die Grünen	4		
BfB	3		
FDP	2		
Ratsherr Cleve	1		
Ratsherr Griese	1		
Ratsherr Mor	1		
Ratsherr Proch	1		
gesamt:	37	-	3

24 .	Städtebauförderungsprogramm "Soziale Stadt - Quartier Buddestraße" - Einleitung vorbereitender Untersuchungen - Beschluss über die Beteiligung der Betroffenen sowie der öffentlichen Aufgabenträger Vorlage: 1089/2013/DS
------	---

**Beschluss:**

Der Vorlage wird einstimmig zugestimmt.

25 .	3. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 118 "Sondergebiet Oderstraße - (FOC)" - Beschluss über Stellungnahmen - Satzungsbeschluss Vorlage: 1090/2013/DS
------	--

**Beschluss:**

Bei der Beratung sind Ausschließungsgründe nach § 22 GO nicht mitgeteilt worden.

Der Vorlage wird einstimmig zugestimmt.

26 .	Grundschule an der Schwale - Baubeschluss - NEUFASSUNG - Vorlage: 1048/2013/DS
------	---

**Beschluss:**

Die Drucksache liegt in Form einer Neufassung vor.

In der Ratsversammlung am 26.09.2017 wurde zu der ursprünglichen Fassung ein Ergänzungsantrag beschlossen. Gegen diesen Beschluss hatte Herr Oberbürgermeister Dr. Taurus Widerspruch gem. § 43 GO eingelegt, in dessen Konsequenz die Ratsversammlung sich erneut mit der Vorlage befassen muss.

Der Vorlage wird einstimmig zugestimmt.

27 .	Timm-Kröger-Schule - Erweiterung zur offenen Ganztagschule - NEUFASSUNG - Vorlage: 1049/2013/DS
------	--

**Beschluss:**

Die Drucksache liegt in Form einer Neufassung vor.

In der Ratsversammlung am 26.09.2017 wurde zu der ursprünglichen Fassung ein Ergänzungsantrag beschlossen. Gegen diesen Beschluss hatte Herr Oberbürgermeister Dr. Taurus Widerspruch gem. § 43 GO eingelegt, in dessen Konsequenz die Ratsversammlung sich erneut mit der Vorlage befassen muss.

Der Vorlage wird einstimmig zugestimmt.

28 .	Erweiterung Hans-Böckler-Schule - NEUFASSUNG - Vorlage: 1051/2013/DS
------	---

**Beschluss:**

Die Drucksache liegt in Form einer Neufassung vor.

In der Ratsversammlung am 26.09.2017 wurde zu der ursprünglichen Fassung ein Ergänzungsantrag beschlossen. Gegen diesen Beschluss hatte Herr Oberbürgermeister Dr. Taurus Widerspruch gem. § 43 GO eingelegt, in dessen Konsequenz die Ratsversammlung sich erneut mit der Vorlage befassen muss.

Der Vorlage wird einstimmig zugestimmt.

29 .	Maßnahmenplanung der kommunale Bildungsplanung: Abschließender Sachstand Vorlage: 0491/2013/MV
------	--

Es erfolgt Kenntnisnahme.

30 .	Städtische Beteiligungen: Umsetzung des Gesetzes zur Stärkung der Kommunalwirtschaft vom 21. Juni 2016 Vorlage: 0492/2013/MV
------	--

Ratsherr Schröder weist darauf hin, dass es s. E. zu spät sei, erst in der 2. Jahreshälfte 2018 Änderungsvorschläge vorzulegen. Er plädiert dafür, dies schon in der Ratsversammlung im März 2018 zu regeln, damit zur konstituierenden Sitzung Klarheit herrsche.

Es erfolgt Kenntnisnahme.

31 .	Städtische Beteiligungen: Wirtschaftsplan 2018 der Kiek in! Anstalt öffentlichen Rechts Vorlage: 0498/2013/MV
------	---

Es erfolgt Kenntnisnahme.

32 .	Dringliche Vorlagen
32.1 .	Hans-Böckler-Schule (HBS) hier: Bildung einer Außenstelle auf dem Gelände der Erstaufnahmeeinrichtung Neumünster (EAE) Vorlage: 1122/2013/DS

**Beschluss:**

Die Dringlichkeit der Vorlage wurde unter TOP 3. bestätigt.

Der Vorlage wird bei 1 Gegenstimme (Ratsherr Proch) im Übrigen einstimmig zugestimmt.

gez. Anna-Katharina Schättiger  
(Stadtpräsidentin)

gez. Holger Krüger  
(Protokollführer)